

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

**Änderungsantrag
für die Vollversammlung
am 20.05.2015**

**TOP ö7
Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnungslosen/
Flüchtlingen in kommunaler Zuständigkeit:
5. Standortbeschluss**

Der Antrag der Referentin wird wie folgt ergänzt bzw. geändert:

Ziffer 1: Wie Referentinnenantrag.

Ziffer 2: Den unter Ziffer 3 aufgeführten Standorten wird für die Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnungslosen **im Bezug auf den angestrebten Standort Fürstenrieder Straße 155 unter der Maßgabe** zugestimmt, **dass der im Rahmen des „Bildungscampus am Westpark“ auf dem Gelände geplante Schulneubau durch die Zwischennutzung weder verzögert noch beeinträchtigt werden darf. Daher ist die Nutzungsdauer zunächst auf 3 Jahre zu begrenzen. Über eine eventuelle Verlängerung wird nach Abschluss der Verhandlungen mit dem Grundstückseigentümer und dem Vorliegen eines verbindlichen Zeitplans für den Schulneubau entschieden. Bei der Konzeption und Belegung der Unterkunft ist die Wahrung der Belange der in unmittelbarer Nähe liegenden Schulen und Kindertageseinrichtungen mit über 2000 Kindern und Schülern sicherzustellen.**

Ziffern 3 bis 5: Wie Referentinnenantrag.

Begründung:

Es versteht sich von selbst, dass die Stadt München den zahlreich hier ankommenden Flüchtlingen nach Kräften hilft, sie bestmöglich unterbringt und Integrationsangebote macht. Das ist seit Beginn der Flüchtlingswelle Konsens unter den demokratischen

Parteien dieser Stadt. Die große Hilfsbereitschaft, die die Münchner Bevölkerung dabei an den Tag legt, ist nicht hoch genug einzuschätzen.

Gleichzeitig sind für eine rasant wachsende Stadt wie München neue Schulgebäude eine existenzielle Notwendigkeit. Die Erweiterung des Bildungscampus durch einen Neubau muss deshalb nach Abschluss der Vorplanungen unverzüglich in Angriff genommen werden. Weder Dauer noch Umfang der Zwischennutzung dürfen eine möglichst rasche Realisierung dieses ebenfalls wichtigen sozialen Projekts verhindern.

Wir dürfen nicht zulassen, dass sich in München humanitäre Hilfe und notwendiger Ausbau der Infrastruktur blockieren. Wo es zu Zielkonflikten kommt, muss es zu einer offenen Diskussion und fairen Abwägung der unterschiedlichen Interessen kommen. Ansonsten gefährden wir die hohe Hilfsbereitschaft der Münchnerinnen und Münchner. Die Tatsache, dass sich durch steigende Flüchtlingszahlen auch die Zahl der Zielkonflikte erhöhen wird, darf nicht zu einer Zwangsläufigkeit von Entscheidungen führen.

Michael Kuffer
Stadtrat
Stv. Fraktionsvorsitzender

Dr. Manuela Olhausen, *Stadträtin*

Maximilian Straßer, *Stadtrat*

Otto Seidl, *Stadtrat*